

Querdenker

Abwehrreflexe blockieren höheren Frauenanteil

Von 188 börsennotierten Unternehmen in Deutschland haben 61 Prozent rein männliche Vorstände. „Das ist ein Zustand, den kann man nicht vernünftig finden“, kommentierte jüngst Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie zeigt sich – entgegen dem CDU-Wirtschaftsrat – gesprächsbereit über eine Ausweitung des Quotengesetzes. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen sind nur begrenzt wirksam, denn die von den Unternehmen selbstgesetzten Ziele für die Erhöhung des Frauenanteils in den Vorständen sind häufig nutzlos.

Das Führungspositionengesetz, welches seit 2016 in Kraft ist, lässt den Unternehmen bei der Umsetzung derzeit noch große Spielräume. Das Resultat ist, dass sich 78 Prozent der Unternehmen entweder gar keine oder eine Zielgröße null für Frauen auf Vorstandsebene gaben. Obwohl das Gesetz auf die obersten Führungsebenen abzielt, ergreift nicht einmal die Hälfte der Vorstände Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den eigenen Reihen, wie erste Befragungsergebnisse zum Gesetz zeigen.

Nach dem Motto „Das betrifft uns nicht“ delegieren die Vorstände – wenn überhaupt – das „Frauenthema“ nach unten. Sich mit den eigenen Anteilen dieser Beharrungskräfte auseinanderzusetzen ist in Topmanagement-Teams eher die Ausnahme als die Regel. Den langjährigen Executive-Beratern Anke Houben und Kai Dierke zufolge gibt es bei Topmanagern selten ein „Ich“ in ihren Problembeschreibungen – ganz unabhängig vom Thema. Manager seien „Reflexionsverweigerer“, da ein selbstkritisches Hinterfragen das Risiko der Destabilisierung der eigenen Person oder ihrer Rolle im Unternehmen berge. Mehr Nabelschau und ein selbstkritischer Blick in den Vorständen sind überfällig.

Wie wäre es zum Einstieg mit folgenden Fragen: Wie ähnlich sind mir meine engsten Vertrauten? Erkenne ich mich in denjenigen selbst wieder, die ich besonders gefördert habe? Wann hatten wir im Vorstand das letzte Mal eine Debatte, bei der wir unterschiedliche Perspektiven wirklich zugelassen haben und es nicht um Positionsmacht ging? Fällt es uns vielleicht schwer, glaubhaft über Frauen in Führungsetagen zu sprechen, weil wir privat eine traditionelle Rollenverteilung leben?

Eine Reflexion über diese Fragen ist unbequem. Die Forschung zeigt jedoch, dass Top-Teams nur erfolgreich sind, wenn sie einen gut funktionierenden Muskel kollektiver Reflexion über eigenes Verhalten und eigene Glaubenssätze haben.

Homogene Teams neigen zu „groupthink“, also zum Gruppendenken. Durch mangelnden Austausch unterschiedlicher Perspektiven kann es zu dramatischen Fehlentscheidungen kommen. Ich würde die Wirtschaftslenker in diesem Land gerne bei ihrer Ehre packen und ihnen nahelegen, dass sie doch besser sind als ein Gesetz. Aber solange diese massiven Abwehrmechanismen und blinden Flecken bestehen, braucht es wohl massive gesetzliche Interventionen.



Philine Erfurt Sandhu ist Dozentin an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

hwr-berlin

Supermarkt-Aktion:
Der Kunde verliert den Überblick über all die Rabatte.



dpa

Steuerpolitik

Diskussion um Steuerreform

Ökonomen debattieren über eine Verlängerung der Mehrwertsteuersenkung und eine grundsätzliche Reform.

Martin Greive Berlin

Auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise hat die Bundesregierung mit einer historischen Maßnahme reagiert: Sie hat die Mehrwertsteuer erstmals seit ihrer Einführung 1968 gesenkt. Seit 1. Juli beträgt der reguläre Satz bis Ende des Jahres nicht mehr 19, sondern 16 Prozent, der ermäßigte Satz wurde von sieben auf fünf Prozent herunterschraubt. Das soll den Konsum ankurbeln. Doch kaum ist die Absenkung in Kraft, wurde über eine Verlängerung der Maßnahme diskutiert. Und nun gewinnt noch eine Debatte an Fahrt: Braucht es eine grundsätzliche Reform?

Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel), hält eine Reform der Verbrauchsteuern „für überfällig“. Felbermayr: „Wenn Ermäßigungen abgeschafft werden, könnte der Mehrwertsteuer-Standardsatz aufkommensneutral leicht auf 18 Prozent sinken“. Genauso sieht es Steuerexperte Stefan Bach vom Wirtschaftsinstitut DIW: „Man sollte einen Teil der Mehrwertsteuersenkung dauerhaft erhalten, um untere und mittlere Einkommen zu entlasten.“ Bach schlägt ebenfalls eine Absenkung des regulären Satzes auf 18 Prozent vor, der ermäßigte Satz solle von sieben auf fünf Prozent sinken.

Eine solche Absenkung würde vor allem untere Einkommen entlasten, die ihr Geld vollständig für Konsum ausgeben. Steuererleichterungen für untere Einkommensgruppen hatte sich die Bundesregierung ohnehin zum Ziel gesetzt. Gerade in Corona-Zeiten könnte eine solche Steuersenkung der Konjunktur auf die Beine helfen. Reden dürfte die Politik vorher nicht darüber, nachdem sie im Rahmen ihres Konjunkturpakets eine befristete Absenkung angekündigt hat.

Dass eine dauerhafte Mehrwertsteuersenkung gar nicht mal so teuer wäre, hat DIW-Experte Bach kürzlich ausgerechnet. Eine Senkung des Regelsatzes auf 18 Prozent würde Steuermindererinnahmen von 12,4 Milliarden Euro im Jahr bedeuten. Zieht man die Entlastungen für den Staat ab, sind es nur noch 9,5 Milliarden Euro. Würde die Regierung gleichzeitig fast alle ermäßigten Steuersätze abschaffen, würden sich die Steuer-

ausfälle auf knapp fünf Milliarden Euro belaufen. Doch genau hier liegt das Problem: Die ermäßigten Steuersätze sind politisches Minenfeld. Dass Lebensmittel dem ermäßigten Satz unterliegen sollen, ist unstrittig. Aber was ist mit anderen Produkten? Etwa mit E-Books, Bahntickets und Tampons, für die die Mehrwertsteuer gerade erst auf sieben Prozent gesenkt wurde? Das anzutasten hätte harte Auseinandersetzungen zur Folge.

Nicht alle Ökonomen halten eine Reform deshalb für prioritär. So sagt IW-Chef Michael Hüther: „Eine generelle Senkung bei Streichung einiger oder aller reduzierten Sätze halte ich für politisch nicht durchsetzbar. Damit würden kaum zu lösende gerechtigkeitspolitische Probleme entstehen.“ Besser wäre es aus seiner Sicht, ab nächstem Jahr den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen, weil damit auch alle Unternehmen entlastet würden. Achim Wambach, Präsident des Wirtschaftsinstituts ZEW, sagt, an den Ausnahmen der Mehrwertsteuer hätten sich schon Generationen von Wissenschaftlern und Politikern abgearbeitet. „Da sich Reformen als schwierig erwiesen haben und sich Umstände, die einmal für eine Reduktion des Steuersatzes gesprochen haben, aber ändern können, wäre zu überlegen, reduzierte Sätze grundsätzlich zu befristen.“

Denn durch die vielen Ermäßigungen ist die Mehrwertsteuer oft nicht mehr nachvollziehbar. Das mache das System bürokratisch und betrugsanfällig, vor allem im grenzüberschreitenden Verkehr, so Felbermayr. „Hier muss dringend aufgeräumt werden. Ich empfehle, die Mehrwertsteuer am 1.1.2021 wieder auf ihr ursprüngliches Niveau anzuheben, gleichzeitig aber eine grundlegendere Steuerreform anzugehen, die aber einer längeren Vorbereitung bedarf.“

Dass eine Reform kommt, daran zweifeln auch die Befürworter einer Mehrwertsteuersenkung. Denn dafür müsste sich die Politik mit vielen Lobbygruppen anlegen. Und: Im internationalen Vergleich ist die Mehrwertsteuer relativ niedrig. Ifo-Forscher Andreas Peichl glaubt deshalb, auch in Zukunft ginge es weiter in eine Richtung: nach oben. „Irgendwann wird die Mehrwertsteuer in Deutschland auf über 20 Prozent erhöht.“ ▶ Kommentar Seite 16